

*In einer intensiven Arbeitsatmosphäre (welche am 2. Konferenztag die Teilnehmer 12 Stunden lang zusammenhielt) wurden wohl sämtliche wichtigen Fragen, die heute fortschrittliche Juristen beschäftigen, mit politischem Verantwortungsbewußtsein und hohem fachlichen Können behandelt: Die Organisation und die Aufgaben der Prokuratur und der Advokaten, die Fragen des Richternachwuchses und der Schulung neuer Kader, die Fragen der Rechtswissenschaft und ihrer Verbindung mit der Praxis der Gerichte, die Rolle des Rechts als eines Machtinstruments der Arbeiterklasse und die Funktion des Rechts in der Beziehung der Völker zueinander. Welches Thema auch immer behandelt wurde, gleichgültig, ob der Redner ein Universitätsprofessor, ein Staatsanwalt, ein Minister oder ein Student war — im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Erkenntnis, daß das Studium des Marxismus-Leninismus und die Auswertung der Erfahrungen der Sowjetunion und namentlich der sowjetischen Juristen der einzige, aber auch sichere Weg zu einer immer besseren Lösung der heute vor uns stehenden Aufgaben ist.*

*Ganz besonders brachte dies Professor R o z m a r y n zum Ausdruck, der in unerbittlicher Kritik und Selbstkritik der Rechtswissenschaft den Vorwurf machte, hinter der realen Entwicklung zurückzubleiben und der Praxis keine Hilfe zu leisten, nicht mit ihrem Lichte den Weg der Praxis zu erleuchten, so daß heute die bereits vorseilende Rechtspraxis ohne Kontakt sei mit ihrer in Idealismus, Formalismus und Objektivismus verharrenden Wissenschaft. Zugleich aber kritisierte Professor Rozmaryn die Praktiker des Rechts, weil sie es verabsäumt hätten, der Wissenschaft die drängenden Gegenwartsfragen zu stellen und sie wegen ihres Versagens anzugreifen. — Den Vertretern der demokratischen Juristen Deutschlands erschien diese Kritik angesichts der aktiven Teilnahme zahlreicher Professoren des Rechts an der Konferenz und angesichts des Bestehens zweier rechtswissenschaftlicher Zeitschriften, die eindeutig auf dem Boden des Marxismus stehen, recht streng. Sie fragten sich unwillkürlich, wie bei Anlegung eines solchen Maßstabes dann der bei uns bestehende, noch weit weniger entwickelte Stand dieser Dinge zu charakterisieren sei. Die Ausführungen des Redners zeigten jedenfalls, daß unsere polnischen Kollegen es verstehen, ohne Rücksicht und Schonung andere und sich selbst zu kritisieren, womit sie im Sinne jenes Ausspruches von Josef W. Stalin handeln: „Die Wissenschaft kann sich ohne Kritik nicht entwickeln.“*

*Zum Thema „Die Rolle und die aktuellen Aufgaben der Staatsanwaltschaft der polnischen Volksdemokratie“ führte Dr. Hanryk P o d l a s k i, Direktor des Departements der Staatsanwaltschaft, aus, daß sich die aktuelle Arbeit der Organe der Staatsanwaltschaft aus den allgemeinen Aufgaben ergebe, welche vor der polnischen Arbeiterklasse, vor der Partei stehen. Die Aufgaben der Staatsanwaltschaft haben im volksdemokratischen Polen eine solche Erweiterung erfahren, daß sie nur mit den jungen Kadern erfüllt werden können, welche aus den Schulen für Staatsanwälte hervorgehen. Dr. Podlaski kündigte gesetzliche Änderungen hinsichtlich der organisatorischen Struktur und der Funktion der Staatsanwaltschaft an, welche ein zentralisiertes und einheitliches Organ schaffen werden, dessen Aufgaben der Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, die Verfolgung von Verbrechen und die Wahrung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit sein werden.*

*Der Minister für höhere Schulen und Unterrichtswesen, R o b a c k i, der dem Kongreß als Vertreter der Regierung beiwohnte, zeigte den großen politischen Rahmen auf, innerhalb dessen die Tagung vor sich ging. Er hob hervor, daß die Beratungen der demokratischen Juristen in der besonderen Zeit des Kampfes der gesamten fortschrittlichen Welt um den Frieden, des Kampfes des gesamten Volkes um die Erfüllung des Sechsjahresplanes stattfinden. Er betonte, daß die Arbeiterklasse und das arbeitende polnische Volk bei ihrer wichtigen Aufgabe im Kampf um die Erfüllung des Sechsjahresplanes, des Aufbaues der Fundamente des Sozialismus, die tägliche Hilfe der Sache des Volkes ergebenden Juristen brauche. „Es entsteht ein neues, sozialistisches Recht. Eure Aufgabe ist es“, so schloß er, „eine Rechtsordnung zu schaffen, die in Übereinstimmung mit dem revolutionären und schöpferischen Bewußtsein der Arbeiterklasse steht“.*

*Die bedeutsamen Beiträge, welche die Vertreter der sowjetischen Juristen, der stellvertretende Generalprokuror der UdSSR, M o k i t s c h e f f und der Herausgeber der Zeitschrift „Staat und Recht“, Professor K u j e w n i k o w, zu den Diskussionen leisteten, wurden zu Höhepunkten der Tagung. Staatsanwalt Mokitscheff knüpfte an die Ausführungen von Generalissimus S t a l i n in seinem Artikel*